Nr. 272. 3. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis beträgt: durch die Post bezogen (Nummer des Postkatalogs 2556) ohne Postaufgeld vierteljährlich ℳ 4,90; durch die Briefträger wöchentlich 36 ₰ frei in's Haus.
Verantwortlicher Redakteur: Otto Stolten in Hamburg.

Dienstag, den 19. November 1889.

Anzeigen
werden die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 25 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition, sowie sämmtlichen Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Von der Weltbühne.

Die Kommission für das Sozialistengesetz setzte am Sonnabend ihre Berathungen fort mit der Erörterung des § 22 der Regierungsvorlage, welcher dem § 26 des alten Gesetzes entspricht und die Zusammensetzung der Beschwerdekommission enthält. Herr Kulemann hatte hierzu den Antrag eingebracht, die Beschwerde auf dem Wege des Verwaltungsstreitverfahrens zu erledigen und deshalb einen Verwaltungsgerichtshof zu konstituiren; dem gegenüber erklärte Reichen (S) den Antrag verwerfen zu müssen; es ziehe lieber eine Beschwerdekommission vor, da es Gegner eines Dauergesetzes sei. Ein Verwaltungsgerichtshof, wie ihn Kulemann wünsche, würde ein Ausnahmegericht sein. Minister Herrfurth findet dagegen Kulemanns Antrag sehr sympathisch; ihm erscheine die Aufhebung der Fristbestimmung als das Nothwendigste und weil er also ein Dauergesetz wünsche, ergebe sich daraus mit Nothwendigkeit die Schaffung eines Verwaltungsgerichtshofes und bei dieser Gelegenheit könne ein Reichsverwaltungsgericht in's Leben gerufen werden. Die in der Regierungsvorlage § 22 gewünschte Kommission von 11 Mitgliedern der höchsten Gerichte und Verwaltungsgerichte mit dem Sitz in Berlin solle den Verwaltungsgerichtshof ersetzen. Rintelen (S) läßt sich durch diese Ausführungen nicht überzeugen; seiner Ansicht nach stoße die Bildung eines Verwaltungsgerichtshofs gelegentlich eines Ausnahmegesetzes auf das Bedenken, ob dieselbe verfassungsmäßig zulässig sei. Ebensowenig könne er dafür stimmen, daß dem Reichsgerichte die Entscheidung über die Beschwerden übertragen werde. Robbe (K) empfiehlt hierauf die Annahme der Regierungsvorlage; Marquardsen (RV) wünscht eine dauernde unabhängige Rechtsprechung für das vorliegende Gesetz, wobei es ihm gleich bleibt, ob ein eigener Verwaltungsgerichtshof geschaffen, oder das Reichsgericht mit der Aufgabe betraut würde. Ungleich seinen Fraktionsgenossen, die aus sachlichen Gründen gegen einen Verwaltungsgerichtshof sprachen, erklärt sich Windthorst aus politischen Gründen dagegen; ein solches Reichsverwaltungsgericht sei ein Schritt zum Einheitsstaate, auch könne er sich deshalb mit dem Vorschlage nicht befreunden, weil das Verfahren auf dem Verwaltungsgerichtswege die Entscheidung den ordentlichen Richtern entziehe. Aus demselben Grunde und mit Rücksicht auf die politische Bedeutung dürfe auch das Reichsgericht nicht die Entscheidung erhalten; die Mitglieder der Beschwerdekommission sollten nur aus dem Richterstande entnommen werden und demgemäß erscheine ihm unter allen Vorschlägen die Regierungsvorlage im Augenblicke noch am annehmbarsten. Minister Herrfurth glaubt darauf die Verwaltungsgerichte Windthorst und Rintelen gegenüber in Schutz nehmen zu müssen; was Sachlichkeit und Unparteilichkeit betreffe, seien sie ebenso sicher wie die anderen Gerichte. Auch Dr. Bötticher verwahrt sich gegen Windthorst, dessen politische Auffassung er für antiquirt erklärt, ohne deshalb für sich oder seine Partei befürchten zu brauchen, daß man ihnen unitarische Bestrebungen nachlage. Der Antrag Kulemann, in welchem die Tendenzen der Regierung erweitert seien, sei durchaus zu empfehlen. Neben Herrfurth hält sich darauf auch Staatssekretär Oehlschläger für verpflichtet Windthorst gegenüberzutreten; er müsse sich Namens des Bundesrathes dagegen verwahren, als wenn bei der Besetzung des Reichsgerichts politische Gründe maßgebend seien. Cuny (NL) glaubte, daß die Aeußerungen seines Fraktionsgenossen Dr. Bötticher noch weiterer Ausführung bedürften; denn er wiederholte dessen gegen das Zentrum gerichtete Erklärungen, ein Verwaltungsgerichtsverfahren beschwöre durchaus keine unitarischen Gefahren herauf. Nach ihm empfahl Prinz Carolath-Schönaich die Regierungsvorlage aus dem Grunde, weil Bundesrathsmitglieder aus der Kommission ausgeschlossen seien und weil er weder das Reichsgericht, noch ein Verwaltungsgericht mit der Aufgabe betrauen wolle. Bei der Abstimmung erklären sich für die von Kulemann beantragte Einsetzung eines Verwaltungsgerichtshofs nur 9 Kommissionsmitglieder, worauf dann der erste Satz des § 22 der Regierungsvorlage, der die Bildung einer Kommission anordnet, mit 21 Stimmen angenommen wird. Ueber die weiteren Sätze dieses Paragraphen, die von der Art der Zusammensetzung dieser Kommission, der Ernennung des Vorsitzenden durch den Kaiser u. s. w. handeln, entspinnt sich eine lebhafte Diskussion; Kulemann beantragt, die Kommission solle aus 3 richterlichen Mitgliedern des Bundesamtes für das Heimathswesen und 6 aus den höchsten Gerichten und Verwaltungsgerichten vom Bundesrath zu wählenden Mitgliedern bestehen. Nachdem er diesen Antrag in längerer Rede begründet hatte, vermißt Minister Herrfurth die deutliche Darlegung der Tragweite dieses Antrags und als Kulemann die gewünschten Erläuterungen giebt, erklärt er sich gegen den Antrag. Dasselbe thut Reichensperger (A), weil er nur Richter für die Kommission wünsche; Robbe (K) die Worte des Ministers aufgreifend, erklärt gleichfalls die Konsequenzen des Kulemann'schen Antrags im Augenblick nicht übersehen zu können und stimmt daher für die Regierungsvorlage, worauf Kulemann seinen Antrag für die erste Lesung zurückzieht, aber erklärt, denselben in zweiter Lesung wieder einbringen zu wollen. Bei den die Ernennung des Vorsitzenden betreffenden Stellen beantragt Fieler (NV), den Vorsitzenden aus den Mitgliedern der höchsten Gerichte und Verwaltungsgerichte zu ernennen, doch findet er hiermit bei Minister Herrfurth keinen Anklang; dieser verwahrt sich entschieden dagegen, daß die Initiative des Kaisers, bezw. die Ernennung, wie sie in der Vorlage enthalten sei, irgendwie eingeschränkt werde. Fieler zieht hierauf seinen Antrag zurück und bei der nun folgenden Abstimmung wird § 22 der Regierungsvorlage mit 21 Stimmen angenommen. § 23, der die Verhandlungen der Kommission regelt, erregt wieder lebhaften Meinungsaustausch; entgegen der Regierungsvorlage, welche im zweiten Satze des § 22 bestimmt: „Die Verhandlung und Entscheidung erfolgt in nicht öffentlicher Sitzung u. s. w.“ beantragt Kulemann, die Verhandlungen der Kommission öffentlich stattfinden zu lassen, mit der Einschränkung, daß die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes dabei Platz greifen sollen. Herrfurth erklärt sich gegen diesen Antrag; er fürchte, daß die Oeffentlichkeit der Verhandlung nur der Agitation Vorschub leiste und dann bezweifle er auch, ob in der Praxis die Oeffentlichkeit oft vorkommen werde, da die Kommission wohl meistens den Ausschluß der Oeffentlichkeit verfügen werde. Reichen stimmt für den Antrag, obgleich er an seine Wirkung glaubt; ebenso Cuny, der im Gegentheil glaubt, daß recht häufig öffentliche Verhandlungen stattfinden und bleiben sehr nützlich für das Gesetz wirken würden. Reichensperger vertheidigt gleichfalls den Antrag, da in der Oeffentlichkeit des Verfahrens eine schätzbare Kontrole liege. Kleist-Retzow polemisirt hierauf gegen das Bestreben, das Sozialistengesetz mit Rechtsgarantieen zu umgeben, findet aber bei den Nationalliberalen keine Gefolgschaft, da Marquardsen und Fieler für den Antrag sprechen. Staatssekretär Oehlschläger ist der Meinung des Ministers; auch er glaube, daß die Oeffentlichkeit stets ausgeschlossen werden würde, zudem leide auch der Gerichtshof unter einer solchen Bestimmung. Singer bezeichnet hierauf deutlich den Grund der Abneigung auf Seiten der Regierung; sie fürchte sich vor der moralischen Wirkung der öffentlichen Verhandlung, und wirklich spricht Helldorff, nachdem Windthorst für den Antrag gestimmt hat, diesen Gedanken unverhüllt aus. Er befürchtet, daß die Oeffentlichkeit der Verhandlungen die zu bekämpfenden Bestrebungen erst recht verbreitet. Nach einem Schlußwort des Antragstellers, in welchem er den Ausschluß der Oeffentlichkeit als schädlich bezeichnet, werden die Worte der Regierungsvorlage „in nicht öffentlicher Sitzung“ gegen 7 Stimmen gestrichen und somit die Oeffentlichkeit der Verhandlungen beschlossen. Bei dem vierten Satze des § 23: „Die Entscheidungen ergehen nach freiem Ermessen und sind endgültig“ beantragt Kulemann die Worte: „nach freiem Ermessen“ zu streichen; und da nach einem Widerspruch des Ministers die Beibehaltung der Worte mit 17 Stimmen beschlossen wird, stellt Kulemann den neuen Antrag, die Vertretung durch einen Rechtsbeistand zuzulassen. Bei der Abstimmung wird dieser Antrag mit 17 Stimmen angenommen. Da sich gegen die weiteren Sätze des Paragraphen keine Einwendungen erheben, wird schließlich der ganze § 23 mit den Kulemann'schen Aenderungen mit 24 Stimmen angenommen.

„Die zur Vorberathung des neuen Sozialistengesetzes niedergesetzte Reichstagskommission arbeitet,“ schreibt die Berliner „Volks-Ztg“, „mit einer Schnelligkeit, welche lobenswerth sein würde, wenn von der ganzen Arbeit dieses Ausschusses nicht nur das Wort Mirza-Schaffys gelte: „Ich höre das Geklapper einer Mühle, doch sehe ich kein Mehl.“ Daß von der Kommission Abänderungen angenommen worden sind, welche immerhin eher, als die von der Regierung vorgeschlagenen „Milderungen“ und „Rechtsgarantieen“, den Namen von sogenannten „Verbesserungen“ verdienen, erkennen wir an; namentlich die Bestimmung, daß eine Beschwerde gegen das endgültige Verbot einer periodischen Druckschrift aufschiebende Wirkung haben soll, kann die verderbenden Wirkungen politischer Willkür in gewissen Fällen in gewissen Schranken halten, und es ist bemerkenswerth, daß sich sogar der freiconservative Abgeordnete, Prinz Carolath für diese „Verbesserung“ erklärt hat. Gleichwohl liegt noch nicht das geringste Anzeichen vor, daß sich die verbündeten Regierungen zu weiteren Zugeständnissen bereit finden lassen werden. Damit haben aber, wie die „Politische Zeitung“ mit Recht bemerkt, alle wettlichtigen, in der Kommission unternommenen Versuche, an dem jetzigen Gesetze herumzubessern, nur theoretischen Werth und die von solchen Versuchen beanspruchte Zeit steht außer Verhältniß zu der Gleichgültigkeit, die man in allen politischen Kreisen dieser Scheinarbeit gegenüber empfindet. Die Dinge liegen nach wie vor so, daß es allein darauf ankommt, ob die Nationalliberalen schließlich die unveränderte Vorlage der Regierung annehmen werden oder nicht, in welch' letzterem Falle das gegenwärtige Sozialistengesetz auf einige Jahre verlängert werden wird. Ob dies oder jenes geschieht, läßt sich bei der völligen Unberechenbarkeit nationalliberaler Entschlüsse heute noch nicht sagen, obgleich der letztere, von uns stets als der wahrscheinlichste Ausgang des ganzen Streites betrachtete Fall auch heute noch um einige Grade wahrscheinlicher sein mag, als der erstere, d. h. als die unbedingte Annahme des neuen Gesetzes nach den Vorschlägen der Regierung. Jedenfalls sind aber alle anderen Möglichkeiten, und damit die ganzen Verhandlungen der Kommission, unter den obwaltenden Umständen von sehr untergeordnetem Interesse.“

Die Ausweisungen nach Maßgabe des Sozialistengesetzes haben in den Jahren 1888 und 1889 nach der vom Minister Herrfurth mitgetheilten Uebersicht folgenden Umfang gehabt: Aus Berlin mit Umgebung ist 1888 eine Person, aus Hamburg, Altona-Harburg mit Umgebung sind 1888 fünf Personen, 1889 eine Person, aus Frankfurt a. M., Offenbach mit Umgebung 1888 fünf Personen, aus Leipzig mit Umgebung 1888 acht, 1889 acht Personen, im Ganzen 1888: 19, 1889: 9 Personen ausgewiesen worden. Außerdem hat eine Erneuerung der früher erfolgten Ausweisungen inlweiß stattgefunden, als den Betheiligten der Aufenthalt in ihrem früheren Wohnorte nicht wieder gestattet worden ist.

Die „Magdeb. Ztg“ läßt sich aus Berlin berichten, daß, da die **Sozialistengesetz-Kommission** einen erheblichen Theil der Vorlage schon durchberathen habe, die Ansicht auf Beendigung der Session vor Weihnachten sehr gestiegen sei.

Die Behandlung der Initiativanträge des Reichstages, betr. den Arbeiterschutz seitens der Regierung, erfährt in der gesammten Presse eine abfällige Beurtheilung. Und es sind nicht etwa die Blätter der Opposition allein, welche das Verhalten der Regierung unbegreiflich finden, sondern selbst die lammfromme „Nat.-Lib. Korresp.“ rüffelt neben der beweglichen Klage, daß es hoffentlich doch einmal anders werde, einige Vorwürfe. Sie schreibt:

„Die gestrige und die heutige Reichstagssitzung haben wieder einmal die Arbeiterschutzfrage zu eingehender Erörterung gebracht, und es trat dabei wieder die bekannte bedauerliche Meinungsverschiedenheit zwischen der großen Mehrheit, ja fast der Gesammtheit des Reichstages und den verbündeten Regierungen schroff zu Tage. Der Reichstag hat nun zu wiederholten Malen fast einstimmig seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung, namentlich in Betreff der Frauen- und Kinderarbeit, einer weiteren Ausbildung bedürfe. Die Statistik ergiebt alljährlich eine Zunahme der Beschäftigung, nicht nur der jugendlichen Arbeiter, sondern auch der Kinder; in der sozialdemokratischen Agitation, in den großen Streikbewegungen spielen diese Fragen eine immer bedeutendere Rolle, eine ebenso große wie die Lohnfragen; aber trotz aller eindringlichen Mahnungen und trotz alles sonstigen Reformeifers auf dem Gebiete der Arbeiterfrage beharrt der Bundesrath dabei, daß ein Bedürfniß zur Verbesserung und Erweiterung der bestehenden Vorschriften nicht vorliege.“ Die Korrespondenz zitirt dann einige Sätze aus der Rede des Abgeordneten Oechelhäuser und schließt: „Bei der kühlen Ablehnung aller dieser Erwägungen und Mahnungen seitens des Bundesraths kann der Reichstag freilich nichts anderes thun, als immer von Neuem seine Anregungen geben und seine Forderungen betonen. Mit der Zeit werden die Regierungen doch wohl auch zu dem Zugeständniß kommen, daß allerdings ein Bedürfniß der Reform vorliegt.“

Die „Magdeb. Ztg“, auch ein nationalliberales Kartellblatt, geht schon einen Schritt weiter; sie erklärt kurz und bündig:

„Will man denn immer warten, bis die Noth und Gefahr zu weiteren Schritten nach vorwärts drängt, und sollte es nicht besser sein, der wachsenden Unzufriedenheit der Massen durch weite Zugeständnisse zur rechten Zeit den Boden abzugraben? Die Regierungen selbst haben sich sonst nicht von der gleichen Zurückhaltung gezeigt.“

Um so schwerer wird es, den hartnäckigen Widerspruch zu begreifen, den die Regierungen Forderungen nicht schwärmerischer Philanthropen, sondern des ganzen Reichstages und der Großindustrie selbst entgegenstellen.“

Die „Frankf. Ztg“ aber schreibt:

„Das nämlich weiß jeder Mann, und es ist der wichtigste Punkt zur Beurtheilung der sehr schätzenswerthen Debatten, daß thatsächlich Alles in den Wind gesprochen ist. Viel Arbeit, viel guter Wille, aber doch nur für ein Leichentuch. Der Reichstag mag beschließen, was er will, die Regierung lehnt es doch ab, und nach den Wahlen wird, wenigstens bei einzelnen Parteien auf der rechten Seite, der Eifer sich gelegt haben. Grade das aber ist der Werth der Reden der letzten beiden Tage, daß vor aller Welt klar gestellt wird, wo der Widerstand liegt — daß er an derselben Stelle liegt, die mit ihrer Sozialpolitik und ihrer Arbeiterfreundlichkeit zu prunken und politisch zu spekuliren liebt. Das Sozialistengesetz wird zu Stande kommen, obgleich die Mehrheit des Reichstages froh wäre, wenn es ihr erspart bliebe. Die Arbeiterschutzgesetze aber, selbst im bescheidensten Umfange, werden wieder nicht zu Stande kommen, obwohl eine bereitwillige Mehrheit dafür vorhanden ist.“

Die Berl. „Volks-Ztg“ aber bemerkt dazu:

„Auf eine alte Frage hat der Reichstag in den letzten Tagen wieder die alte, bekannte Antwort erhalten. Der Bundesrath will mit dem Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung nichts zu schaffen haben. Und wenn auch der ganze Reichstag bis auf den letzten Mann die Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit fordert und dabei die gesammten Arbeiter nebst einem guten Theil auch der Unternehmer hinter sich hat — es hilft nichts: an „maßgebender Stelle“ wird das Begehren abgelehnt. Was weiß denn die Menge von dem, was ihr dienlich ist? Am grünen Tische des Bundesraths weiß man das besser!

Der Vertreter der Regierung hat sich dies Mal die Antwort noch ganz besonders leicht gemacht. Er sagte, die Gründe, die den Bundesrath zu seiner ablehnenden Haltung veranlaßt haben und die er, der Staatssekretär des Innern, noch im Januar dieses Jahres des Näheren vor dem Reichstage dargelegt habe, seien ja bekannt; „inzwischen sei nichts eingetreten, was den Bundesrath hätte veranlassen können, sich von Neuem mit der Frage zu beschäftigen und von seiner ablehnenden Haltung abzugehen.“ Damit Basta! Was lohnt es auch, auf eine so breitgetretene Frage nochmals näher einzugehen! Wer das Verständniß für dies Verhalten der verbündeten Regierungen noch immer nicht gewonnen hat, der kann ja die „Gründe“ vom Januar nachlesen. Und wer da gar glauben sollte, es sei in der Zwischenzeit doch so Mancherlei passirt, was die verbündeten Regierungen hätte auf andere Gedanken bringen können, der unterziehe sich gefälligst der Mühe, für diese seine Annahme Beweise beizubringen.

Erstaunlich bleibt die Haltung der Regierungen trotz alledem. Allein schon die Hartnäckigkeit, mit welcher im Volke wie im Reichstage ohne Unterschied der Parteien immer und immer wieder eine verbesserte Arbeiterschutzgesetzgebung gefordert wird, sollte doch den Regierungen endlich die Ueberzeugung beibringen, daß sie sich durch ihr Verhalten zu dieser wichtigsten Frage der Gegenwart in schroffsten Widerspruch zu dem setzen, was die Masse des Volkes bewegt. Wenn selbst ein Reichstag, dessen Mehrheit auf die willenlose Unterstützung der Reichsregierung förmlich geaicht ist, widerspenstig wird, über die vordem von derselben kundgegebenen „Gründe“ zur Tagesordnung übergeht und beweiskräftigere verlangt, um sich mit gutem Gewissen in den Verzicht auf Arbeiterschutz finden zu können, so liegt darin doch der bündigste Beweis dafür, daß der Reichsregierung jede Spur von Verständniß für das abgeht, was als dringendstes Bedürfniß im Volke empfunden wird. Selbst am grünen Tische, wo man die Einsicht für Alles, was dem Volke nützlich, in Alleinpacht genommen zu haben glaubt, sollte man sich doch auch allmälig über diesen traurigen Sachverhalt klar werden und zum Mindesten bei jeder angebotenen Gelegenheit den Versuch erneuern, durch vertiefte Erörterungen auf die Feinde des Arbeiterschutzes einzuwirken. Wenn selbst das jetzt vermieden wird, wenn der Herr v. Bötticher kurz und bündig erklärt: „ihr kennt ja unsere Gründe“ und „es ist inzwischen nichts eingetreten, was dieselben hinfällig machen könnte“, so verbietet dieses Beginnen in jedem Betracht ein hartes Urtheil.“

Die „Frkf. Ztg“ unterzieht die **Reichstagsdebatte über die Fabrikinspektion und den Antrag auf Weiterbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung** einer Betrachtung, in welcher es u. A. heißt: „Seine (des Ministers Bötticher) Zahlen über Bestrafungen wegen Trunkenfuß, die man in allen offiziösen Blättern gleichmäßig findet, sind absolut unzutreffend. Die Verurtheilungen haben nicht abgenommen, sondern sind konstant wie folgt gestiegen: 1884: 31, 1885: 48, 1886: 60, 1887: 111, 1888: 113. Dafür, daß diese Delikte in der Hausindustrie vorkamen, liegt nicht der geringste Anhaltspunkt vor. Aehnlich vermehrten sich die Vergehen gegen die Vorschriften über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, nämlich von 210 im Jahre 1886 auf 317 in 1888. Endlich ist das Gegentheil von der Schlußbehauptung des Herrn Staatsministers wahr, „man habe keinen Beweis, daß die Mehrbeschäftigung von jugendlichen Arbeitern zu einer Konkurrenz der Erwachsenen geführt hat.“ Nach einer Tabelle am Ende des neuesten Generalberichts über die deutsche Fabrikinspektion hat auf 25 Bezirken, aus denen überhaupt Angaben vorliegen, in 19 Distrikten eine größere Zunahme der jugendlichen Arbeiter als der erwachsenen stattgefunden, und noch genauer läßt sich die gleiche bedenkliche Erscheinung für das Königreich Sachsen nachweisen, wo die erwachsenen Arbeiter allein von 1887 auf 1888 um nur 1 p.Mill., die gesammten jugendlichen dagegen um 10 p.Mill. zunahmen. Wie ist es möglich, daß ein Minister für Sozialpolitik von solchen Dingen seine Kenntniß haben und im offenen Reichstage das Gegentheil behaupten kann? Rührt etwa die fortdauernd ablehnende Haltung des Bundesraths gegen jede Weiterbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung daher, daß Herr v. Bötticher dort ebenso, der Wirklichkeit direkt widersprechende Angaben macht? Der Abg. Baumbach war ihm „etwas zu stürmisch“. Es scheint aber umgekehrt, als wenn Herr Staatsminister v. Bötticher etwas ermüdet und matt wäre. Sonst dürften doch solche Dinge, deren Aufklärung hoffentlich nicht ausbleibt, nicht vorkommen.“

In bekannter geschraubter Form orakelt die „Nordd. Allgem. Ztg“:

„Durch mehrere Blätter ist die Nachricht verbreitet, daß bereits ein auf die **bevorstehenden Reichstagswahlen** bezügliches Rundschreiben an die Bundesregierungen gerichtet worden sei. Wie wir hören, ist diese Nachricht durchaus unzutreffend. Dieselbe erschien uns auch um deswillen unglaublich, weil selbstverständlich Bestimmungen über den Termin der Wahlen jedenfalls nicht früher getroffen werden können, als bis sich übersehen läßt, zu welchem Zeitpunkte der gegenwärtig versammelte Reichstag die ihm obliegenden Arbeiten erledigt haben wird.“

Dazu bemerkt die „Volks-Ztg.“:

„So weit wir die Augurensprache der Wilhelmstraße zu deuten vermögen, heißt das soviel: Wir möchten wohl die Reichstagswahlen baldmöglichst, wenn's geht im Januar, vor sich gehen lassen, haben aber den Termin noch nicht ansetzen können, da der Reichstag noch nicht mit seinen Arbeiten fertig ist. Hoher Reichstag wird also gut thun, schleunigst Alles zu bewilligen, was unter Dach und Fach gebracht werden muß, insbesondere das Sozialistengesetz. Eine zugkräftige Wahlparole wird dem dienstfertigen Kartell dann rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden.“

Noch Einer. Der Reichstagsabgeordnete für den 10. württembergischen Wahlkreis, Oekonomierath Grub (Nat.-Lib.) will ein Mandat nicht wieder annehmen. Ob das ein Verlust für den Reichstag, oder gar für Deutschland sein wird, wissen wir nicht.

In Bezug auf die Fragen, welche der Oberpräsident der Provinz Westpreußen der **westpreußischen Ge-**

Am Vorabend der Hochzeit.

Von A. Stöfl.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Niedrig ist nicht das rechte Wort — der Fluß ist trocken fast den ganzen Sommer hindurch; regnet es aber einmal mehr als gewöhnlich, so tritt er gleich über und richtet eine solche Ueberschwemmung an, daß man Gott danken kann, wenn er nicht die ganze Mühle mit sich fortreißt.“

„Und glauben Sie, daß es Ihnen in Australien gefallen wird?“

„O, wenn wir nur erst dort sind, wird es uns schon gefallen, nicht wahr, Alte?“

Seine Frau nickte mit dem Kopfe. „Wir haben ja unsere Söhne dort,“ setzte sie erklärend hinzu.

„Ihre Söhne sind beide verheirathet?“

„Ja, Mr. Frank, alle Beide.“

„Und fürchten Sie das Zusammenleben mit Ihren Schwiegertöchtern nicht?“ fragte Frank scherzend. „Sie wissen: Mein Sohn ist mein Sohn, so lange bis er ein Weib nimmt.“

„Meine Söhne sind meine Söhne, so lange ich lebe,“ erwiderte die alte Frau stolz. „Es sind gute Burschen, die Gott segnen möge. Ich danke dem Allmächtigen auf meinen Knieen, daß er sie mir gegeben hat und daß ich an meinen eigenen Kindern keinen Undank zu erleben brauche.“

Sie sah nach dem Fenster hin, wo, fast verborgen in der tiefen Nische, ein junges Mädchen über eine weibliche Arbeit gebeugt saß.

„Das ist doch nicht die kleine Käthe?“ rief Frank verwundert, nachdem er einen Augenblick das Mädchen betrachtet hatte.

„Freilich ist sie's,“ antwortete der Müller. „Warum kommst Du denn nicht her, Mädel, und sagst dem jungen Squire Guten Tag?“

„Ich habe erwartet, daß er zu mir kommen und mir Guten Tag wünschen werde,“ sagte die Angeredete, ruhig ihre Blicke von der Arbeit in ihren Händen auf Frank richtend.

Dieser betrachtete sie überrascht. Aus dem kleinen, wilden Dinge, wie seine Erinnerung es ihm zeigte, war ein schlankes, ernstes Mädchen geworden. Ihr feiner Kopf war von einer Fülle goldener Haare umgeben und ihre Augen schimmerten in tiefem, träumerischem Blau. Ein einfaches, aber modern und geschmackvolles Kleid umschloß sie und ließ die feingerundeten Formen ihres Körpers vortheilhaft hervortreten.

„Ich habe Dich wahrhaftig gar nicht gesehen!“ rief er entschuldigend. „Wie groß und hübsch Du geworden bist, Käthe! Ich kann die Burschen im Dorfe nicht begreifen, daß sie Dich sortiaßen!“

Käthe beugte sich tief über ihre Arbeit, um Frank die Zornesröthe nicht sehen zu lassen, die bei seinen Worten in ihrem Antlitze aufgestiegen war. Zweierlei beleidigte sie tief in seiner Rede: zuerst das vertrauliche „Du“, das er, wie sie sich bewußt war, nicht gebraucht haben würde, wäre sie in seinen Augen eine junge Dame gewesen, für die gehalten zu werden ihr sehnlichster Wunsch war, vor Allem aber seine Anspielung auf die Burschen des Dorfes. Sie einen Bauernburschen heirathen!

Frank ahnte wenig, welchen Sturm er in des Mädchens Brust hervorgerufen hatte, sondern fuhr unbefangen fort: „Es ist eine Schande, solch ein hübsches Mädchen aus dem Lande zu lassen.“

Aber der Müller unterbrach ihn. „Sie geht nicht mit uns,“ sagte er kurz.

„Warum denn nicht?“

Der alte Mann zuckte die Achseln.

„Hören Sie, Hartley,“ sagte Frank, den Müller mit sich in den Flur ziehend, nachdem er ein paar Augenblicke vergebens auf die Beantwortung seiner Frage gewartet hatte, „wenn es sich um das Ueberfahrtsgeld des Mädchens handelt, so bin ich gern bereit, dazu beizusteuern.“

„Ich danke Ihnen, Mr. Frank,“ entgegnete der Müller; „aber es handelt sich nicht um das Geld. Sie will uns nicht begleiten, ich weiß selbst nicht recht, weshalb. Vielleicht können Sie einmal mit ihr über diesen Gegenstand reden. Doch jetzt will ich sehen, daß ich ein paar Mehlwürmer für Sie finde; Sie wollen ja angeln, wie ich sehe.“

Als Frank ihm langsam nachgehen wollte, trat die Müllerin zu ihm. „Sprechen Sie nicht mit dem Mädchen, ich bitte Sie darum,“ sagte sie eindringlich. „Je mehr man in sie hineinspricht, um so halsstarriger wird sie. Am ehesten wird sie sich noch eines Besseren besinnen, wenn man sie ganz sich selbst überläßt.“

„Sie fürchtet vielleicht, Ihnen eine Last zu sein?“

„O nein, das ist es nicht, sie weiß recht wohl, daß sie das Brot verdient, das sie ißt. Der wahre Grund ist, daß sie an einen Mann denkt, der sich zu gut für sie hält.“

„Oho, wer ist denn das?“

„Ich will ihr Geheimniß nicht verrathen. Weil ihre Mutter einen feinen Herrn heirathete, bildet sie sich ein, sie müsse es ihr nachmachen.“

„Aber was um's Himmelswillen kann sie ganz allein anfangen, wenn Sie fort sind?“

„Vorläufig könnte sie, wenn Sie nichts dagegen haben, in der Mühle bleiben, bis diese einen neuen Pächter gefunden hat, später wird sie in Dienst gehen müssen, ob es ihr nun gefällt oder nicht.“

„Dann kann sie ja zu uns kommen.“

„Zu Ihnen?“ wiederholte die Frau verwundert.

„Zu mir und meiner Frau.“

Frank weidete sich an dem Staunen der Müllerin. „Ja, liebe Frau Hartley“ — er streckte ihr herzlich die Hände entgegen — „es soll bald neues Leben in das alte Herrenhaus kommen. Wünschen Sie mir Glück, ich denke in einigen Wochen eine junge Frau dort einzuführen.“

„Sie wollen heirathen! Und das sagen Sie erst jetzt?“

„Ich hatte ja noch keine Zeit, es vorzubringen.“ Es war Frank schwer genug geworden, die große Neuigkeit für sich zu behalten.

„Und wer ist Ihre Braut?“

„Miß Johnston, die Tochter des Rektors von Newbury.“

„Die junge Dame hat vermuthlich noch Schwestern. Man sagt, daß die eine davon mit Harry Benton verlobt ist.“

„Die einzige Schwester meiner Braut ist schon verheirathet,“ antwortete Frank, während ein ärgerlicher Schatten über seine heiteren Züge flog. Aber derselbe schwand wieder, als er selbstbewußt fortfuhr: „Meine Frau braucht eine Jungfer, und Käthe würde prächtig dazu passen. Sie soll es gut bei uns haben.“

„Ich danke Ihnen herzlich, Mr. Frank. Ihr Anerbieten ist sehr freundlich. Ich werde mit ruhigem Herzen abreisen, wenn ich das Mädchen in Ihrem Hause weiß. Es thut nicht gut, wenn solch' ein junges Ding sich allein überlassen bleibt.“

Wohlgemuth wandte Frank sich mit seinen Würmern dem Flusse zu. Käthe, die einen Theil der Unterredung zwischen ihm und ihrer Tante gehört hatte, blickte ihm mit bitterem Haße nach. Ihr Herz war mit Unruhe und Sorge bis zum Rande gefüllt, Franks gut gemeinter Vorschlag hatte es bis zum Ueberfließen gebracht. Tag für Tag wartete sie darauf, daß Der, welchem sie ihr Herz geschenkt hatte, sein Wort wahr und sie zur feinen Dame machen werde. Und Frank Leslie glaubte, sie würde es für ein Glück ansehen, das Brot der Dienstbarkeit in seinem Hause essen zu dürfen. „Lieber sterben, als einen Bissen Brot von ihm nehmen!“ murmelte sie finster vor sich hin.

3.

Des Müllers Mehlwürmer waren nicht umsonst geopfert worden. So niedrig das Wasser im Flusse war, ein halbes Dutzend Forellen bissen zu Franks Freude an die Angel. Als die sechste zierlich gefleckte Forelle neben ihm im Grase zappelte, kam ihm ein guter Gedanke. Er konnte den Besuch, welchen er Harrys Mutter, Frau Benton, zugedacht hatte, nicht besser einleiten, als indem er dieser Dame, welche zu seiner Zeit über einen besonderen Vorrath von Liebenswürdigkeit verfügt hatte, die Fische als Geschenk zu Füßen legte.

Die Wittwe wohnte noch in demselben Hause, in dem sie mit ihrem Manne, dem Doktor Benton, gelebt, und das dieser, wie Jedermann wußte, am liebsten aus der Ferne betrachtet hatte. Es ist keine Kleinigkeit, eine so strenge Frau zu besitzen, wie die des armen Doktors zu sein sich rühmen konnte. Die Leute sagten, er habe sich aus Desperation über die Feuerlosigkeit seiner Gattin zu viel Spirituosen verschrieben, und dadurch einen vorzeitigen Tod gefunden. Jedermann glaubte, Mrs. Benton würde nach dem Ableben ihres Gatten das Haus, das für sie keine angenehmen Erinnerungen haben konnte, verkaufen und den Ort verlassen, aber sie that dies nicht, sondern blieb ruhig darin wohnen, „aus reinem Eigensinn“, wie die Leute sagten, welche sie nicht leiden konnten und für die sie ihre Verachtung offen zur Schau trug.

Frank fand sie mit einem Strickzeug in dem Hausflur sitzend. Sie stand nicht auf, als er eintrat, und hielt es auch nicht für nöthig, ihm einen Sessel anzubieten, obwohl ein leerer neben ihr stand. Schweigend sah sie zu, wie er die Forellen an einen Zweig der Kletterrose band, die sich an dem Thürpfosten in die Höhe rankte. Um die Wahrheit zu gestehen, war es Frank durchaus nicht behaglich zu Muthe; das Gefühl, das er, der starke, junge Mann, der schwachen, alten Frau gegenüber empfand, war ein der Furcht ähnelnd ähnliches. Da er jedoch ihrem Sohne sein Glück verdankte, so war er entschlossen, unter allen Umständen höflich gegen sie zu bleiben.

„Ich bin gekommen,“ begann er jetzt die Unterhaltung so unbefangen als möglich, „um Ihnen von meinem Glücke zu erzählen. Da Harry mir dazu verholfen hat, haben Sie das Recht, zuerst davon zu hören.“

„Wenn Sie Ihre Eroberung bekannt zu machen wünschen, Mr. Leslie,“ — sie legte einen unangenehmen Nachdruck auf das Wort Eroberung — „so müssen Sie sich nicht an mich wenden. Ich erhalte höchst selten Besuche und besuche absolut Niemanden.“

„So wissen Sie also schon?“ fragte er überrascht.

„Daß Sie heirathen wollen? Ja!“

„Nun, dann gratuliren Sie mir!“

„Ich gratulire Miß Johnston. Für junge Damen in ihren Verhältnissen ist es ein wahres Glück, daß es junge Männer in Ihren Verhältnissen giebt.“

„Ich finde ganz das Gegentheil,“ entgegnete Frank warm. „Wer bin ich? Mein Großvater war ein Geschäftsmann, der durch glückliche Spekulationen in den Besitz des Herrenhauses kam. Miß Johnston steht in jeder Beziehung über mir, in Geburt, Erziehung und Allem.“

„Es giebt genug Leute von Geburt und Erziehung, die betteln gehen müssen. Uebrigens wird Ihnen die Verbindung mit diesen Leuten so wenig Vortheil bringen, als meinem Sohn.“

„Hat Ihr Sohn Nachtheil davon gehabt?“ fragte Frank überrascht.

„Glauben Sie, er hat seine Verhältnisse verbessert, daß er Wochen und Monate dazu verwandte, die ihrigen zu ordnen? Mein verstorbener Gatte, der den Werth des Geldes nicht kannte, zahlte jährlich 150 Pfund Sterling für Harrys Aufenthalt in dem Hause dort, und mein Sohn ist dumm genug, seine kostbare Zeit für nichts an sie zu verschwenden.“

„Wenn Sie wüßten, wie gern gesehen Harry in dem Schulhause